



Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat der Stadt Gummersbach,

die Welt ist nicht mehr so, wie wir sie uns wünschen. Die Coronakrise stellt alle vor extreme Herausforderungen und Belastungen. Und wann sie zu Ende ist weiß niemand.

Gerade Menschen, die unter diesen Bedingungen weiterhin ihrem Beruf nachgehen müssen, die weiterhin unsere Strukturen aufrecht erhalten müssen, und dazu gehören alle Mitarbeiter*innen des Rathauses, verdienen unseren besonderen Dank.

Heute werden wir über den Haushalt 2021 entscheiden. Das Volumen von 300.000.000 Euro ist gewaltig, der kleine Überschuss von 5.000 Euro macht jedoch deutlich, dass wir nicht nur hohe Einnahmen sondern auch hohe Ausgaben haben. Diese Ausgaben fließen unserer Ansicht nach in vielen Fällen nicht dahin, wo sie hinfließen sollten. Die Ausgaben in die Bereiche Schule, Sport, Soziales und Jugend können wir nachvollziehen und auch unterstützen, aber Ausgaben in andere Bereiche machen uns große Sorgen. Zur Wahrheit gehört auch: der finanzielle Spielraum ist begrenzt. Besonders die extrem hohe Kreisumlage nimmt uns jeglichen Gestaltungsspielraum. Die kommunale Gemeinschaft wird, wenn die Kreisumlage so im Kreistag beschlossen wird, beschädigt. Denn wir bräuchten auch dieses Geld für Anderes.

Die nächste Krise, die Klimakrise steht nicht vor der Tür, sie ist schon da, was wir am desaströsen Zustand unserer Wälder sehen können. Um dagegen zu wirken brauchen wir Geld und Unterstützung. Bei der CDU sehen wir noch wenig Verständnis und nicht den Willen, die Weichen für eine "pariskonforme" Politik auch hier in Gummersbach zu stellen. Während des Kommunalwahlkampfes schien dies unser gemeinsames Ziel zu sein. Da hatte ich das Gefühl, dass Klimaschutz, Artenvielfalt, Naturschutz und mehr Mobilität abseits vom PKW mehr Beachtung erlangen könnte. Doch für Artenvielfalt reichen nicht zwei Blühstreifen, ein Radweg macht noch keine nachhaltige Mobilität. Wir brauchen keine grünen "Deko-Projekte", sondern echte Veränderung. In der realen Politik, bei den Abstimmungen in den Ausschüssen und im Rat sieht dies allerdings anders aus.

Dazu ein paar Beispiele: Wir möchten gerne in neuen Baugebieten die "Gärten des Grauens", sogenannte Schottergärten verhindern. Diese sich in den letzten Jahren massiv entwickelnde Gartengestaltung widerspricht den Zielen des Artenschutzes, der Hochwasservermeidung, der Temperatursenkung im Hochsommer und einer naturnahen und nachhaltigen Gartengestaltung. Nachdem in den letzten 2 Jahren von allen Parteien Kritik an dieser Gartengestaltung geäußert wurde, mussten wir feststellen, dass dies leider nur Lippenbekenntnisse waren. Unser Antrag, der meines Erachtens dringlich war, wurde wieder vertagt, so dass z.B. im neuen Bauabschnitt in Windhagen neue Schottergärten möglich sind. Herzlichen Glückwunsch.

Auch über die Baumschutzsatzung wurde nicht entschieden, sondern sie wurde ebenfalls vertagt. Alle beklagen sich über das verheerende Waldsterben und die Auswirkungen. Dieses Problem werden wir lokal nicht lösen können. Jedoch: Baumfällungen im Innenbereich, innerhalb der Ortschaften, könnten wir durch eine neue Baumschutzsatzung verhindern. Nur müssen wir das wollen. Auch das sehe ich noch nicht.

Ich möchte noch ein drittes Beispiel aus dem Bereich der Mobilität benennen. Mit dem Fahrrad zur Arbeit, zur Schule, zum Einkauf zu fahren ist nicht nur gut für das Klima sondern auch für die Gesundheit. In Zukunft sollen laut Oliver Wüst, Verkehrsminister in NRW 25 % der Strecken so zurückgelegt werden. Mit den e-Bikes sind unsere oberbergischen Steigungen für viele Menschen kein Problem mehr. Außerdem wird es in naher Zukunft sichere Abstell- und Unterstellplätze für Fahrräder geben. Das ist gut. Nur, wie kommen die Menschen auf den Fahrrädern sicher in die Stadt, sicher in die Schulen, sicher zum Markt auf dem Bismarckplatz? Wie können wir Eltern dafür gewinnen, dass sie ihre Kinder wieder mit dem Fahrrad zur Schule fahren lassen und damit das "Elterntaxi" verschwindet?

Meine Damen und Herren, dies können wir nur erreichen, wenn sichere Fahrradwege gebaut werden. Zum Beispiel auf der Hückeswagener Str., von Windhagen in die City. Jetzt gäbe es die Möglichkeit. Die Straße wird in den nächsten Jahren saniert, aber für Fahrräder soll es rechts und links neben der Fahrbahn nur einen markierten Schutzstreifen geben. Wollen sie hier ihre Kinder oder Enkelkinder unbegleitet zur Schule fahren lassen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen: das reicht nicht, das bleibt gefährlich. Damit werden wir die Menschen nicht motivieren können häufiger auf ihr Auto zu verzichten.

Aber ohne den Bürgern in Gummersbach etwas anderes, etwas neues anzubieten geht es nicht. Wir lassen viele Konzepte erstellen, aber die Umsetzungen verlaufen dann im Sande. Wir haben z.B. seit 2014 ein ambitioniertes "integriertes Klimaschutzkonzept". Die Umsetzung der Vorschläge ist bisher aber wenig ambitioniert. Wir sind Mitglied bei Solar-Lokal, aber bei der installierten Leitung von Solarenergieanlagen, sind wir weder Vorbild - siehe neues Feuerwehrgerätehaus in Niederseßmar - noch schaffen wir es die Bevölkerung zu motivieren. Auf die Bevölkerungszahl bezogen erzeugen z.B. Wipperfürth 2,8 mal, Lindlar 2,4 mal so viel Energie aus Solaranlagen wie Gummersbach. Gummersbach liegt im Vergleich mit allen oberbergischen Kommunen auf dem zweitletzten Platz. Das ist blamabel.

Was schließen wir daraus: Leuchtturmprojekte wie das Steinmüllergelände, die Alte Vogtei, oder die Ideen vom neuen Zentrum rund um die alte Badeanstalt sind zwar schön, aber wenn sie sämtliche Ressourcen verbrauchen, die dazu führen, dass für oben genannte Ideen der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes kein Geld mehr da ist, dann sollten wir generell bei den Leuchtturmprojekten etwas kürzer treten.

Wir werden nichts erreichen, wenn wir die vorhandenen Kräfte in der Verwaltung, die sich um Klimaschutz und nachhaltige Mobilität kümmern sollen, ausbremsen und mit anderen Aufgaben blockieren. Wir müssen für Gummersbach neue Ziele im Bereich Fahrradmobilität, regenerative Energien, Versiegelung von Flächen, etc. formulieren und diese Ziele zusammen mit der Bevölkerung nach allen Kräften umsetzen.

Zum Schluss möchte ich auf das Thema sozialer Wohnungsbau kommen. Nicht nur in den Großstädten, sondern mittlerweile auch in Gummersbach fehlt es an Wohnraum für finanziell schwache Menschen. Und dieses Problem wird sich in den nächsten Jahren verstärken. Bundes- und Landesregierung waren in den letzten Jahren keine große Hilfe. Vielleicht ändert sich dies ja nach der Bundestagswahl. Wenn nicht, muss die Stadt Gummersbach selbst Geld

in die Hand nehmen, um Wohnungslosigkeit zu verhindern und um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Ideen und leere Gebäude gibt es genug. Nur an der Umsetzung hat es aus verschiedensten Gründen bisher gemangelt. Hier wünschen wir uns eine gemeinsame Anstrengung aller Ratsmitglieder zusammen mit der Verwaltung. Auch beim Gebäude der alten Hauptschule in Strombach laden wir alle herzlich ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden den vorliegenden Haushalt aus den genannten Gründen ablehnen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

11.03.2021

Konrad Gerards